

# **.Daten und Fakten**

## **2001**

EINE INFORMATION DES  
BUNDESMINISTERIUMS FÜR INNERES

**BM.I**



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

## .VORWORT



Österreich zählt zu den sichersten Ländern der Welt. Das wurde heuer in einer Studie des *International Institute for Management Development* über die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Industrieländern ermittelt. Im Vergleich von 49 Staaten wurde Österreich Sieger in den Rubriken: „Sicherheit vor Bedrohungen und Gewalt“ und „Persönliche Sicherheit und Eigentumschutz“. Dieses Ergebnis bestätigt die Reformen und die Effizienz unserer Anstrengungen der letzten Jahre. Schwerpunkt der inneren Sicherheit ist der Kampf gegen die organisierte Kriminalität, vor allem gegen Drogen und die Schlepperei. Um in diesem Kampf erfolgreich zu sein, benötigt das Innenministerium und

die Sicherheitsexekutive neue, effiziente Strukturen. Die Bewältigung des Phänomens der legalen und illegalen Migration, des zunehmenden Stroms von Asylsuchenden, Erfolge im Kampf gegen organisierte Kriminalität und Terrorismus sind die Prüfsteine, an denen wir politischen Verantwortungsträger gemessen werden.

Im Jahr 2001 begann die Umsetzung einer Reihe von Reformen, mit denen sich das Innenministerium und die Sicherheitsexekutive für die Aufgaben des 21. Jahrhundert rüstet. Das neue Bundeskriminalamt hat seinen Betrieb aufgenommen. Die Reform der Bundespolizeidirektion Wien wurde in Angriff genommen. Der Kriminaldienst wurde reformiert. Die Reform der Staatspolizei soll noch heuer abgeschlossen werden.

**Dr. Ernst Strasser**  
**Bundesminister für Inneres**

## .KRIMINALITÄT IN ÖSTERREICH 2001

Die polizeilich registrierten Straftaten sind im Jahr 2001 gegenüber dem Jahr davor um 7,7 Prozent zurückgegangen. Polizei und Gendarmerie ermittelten um 2,1 Prozent mehr Tatverdächtige.

Laut „Kriminalitätsbericht 2001 – Statistik und Analyse“ wurden im vergangenen Jahr von den Sicherheitsbehörden in Österreich 522.710 gerichtlich strafbare Handlungen registriert, davon 418.967 Vergehen und 103.743 Verbrechen.

Seit 1. Februar 2000 erfolgt die Ermittlung der Deliktszahlen durch



Polizei und Gendarmerie elektronisch („Kriminalstatistik online“); vorher wurden Zählblätter ausgefüllt. Die folgenden Vergleiche der Deliktszahlen beziehen sich daher auf die Monate Februar bis Dezember 2000 bzw. 2001.

Vom Februar bis Dezember 2001 wurden 476.921 Straftaten bekannt, um 40.008 weniger als im Vergleichszeitraum 2000 (516.929 Fälle). Das entspricht einem Rückgang von 7,7 Prozent. Rückgänge verzeichnete die Exekutive vor allem bei den Deliktsbereichen Körperverletzung, Einbruchdiebstahl, Betrug, Raufhandel und bei Mord. Zunahmen gab es bei den Diebstahls- und Suchtmittel delikten, bei der vorsätzlichen Gemeingefährdung und bei den Geldfälschungsdelikten (§ 232 und 233 Abs. 1 StGB). Der Anstieg bei der Geldfälschung und Weitergabe von Falschgeld ist



vor allem auf die Währungsumstellung zurückzuführen: Kriminelle versuchten, ihre Bestände an gefälschten Altwährungen bis zum Ende der dualen Phase auf den Markt zu bringen.

#### **Hälfte aller Straftaten konnten geklärt werden**

Bei den personsbezogenen Deliktsbereichen (Straftaten gegen Leib und Leben, die Freiheit sowie gegen die Sittlichkeit) gibt es eine traditionell hohe Aufklärungsziffer; bei den anonymen Straftaten (Massendelikte wie Diebstahl und Einbruch) ist die Klärungsrate

niedrig. 218.198 aller im vergangenen Jahr registrierten 522.710 Straftaten konnten geklärt werden. Das entspricht einer Aufklärungsquote von 41,7 Prozent. Im Jahr 2000 (Februar bis Dezember) wurden 48,7 Prozent aller Delikte geklärt. Bei den Vermögensdelikten gab es einen Rückgang der Aufklärungsquote um 7,5 Prozent. Dieser Rückgang ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es im Jahr 2001 im Gegensatz zum Jahr davor kaum Serienbetrugsdelikte gab, bei denen mit der Festnahme eines Täters Hunderte Delikte geklärt werden konnten. So fielen etwa die Euroscheckbe-

trügereien weg. Im vergangenen Jahr waren Eurochecks kaum mehr in Gebrauch; seit 1. Jänner 2002 sind sie nicht mehr gültig. Bei den Straftaten gegen Leib und Leben gab es mit über 88 Prozent geklärter Fälle eine annähernd gleiche Quote wie im Jahr 2000. Bei den gerichtlich strafbaren Handlungen gegen die Freiheit konnte die Quote geringfügig auf 91,9 Prozent gesteigert werden.

### **Österreich zählt zu den sichersten Ländern der Welt**

Polizei und Gendarmerie ermittelten mehr Tatverdächtige. Die Zahl der Verdächtigen ist von 2000 auf 2001 (Februar bis Dezember) um 3.894 auf 185.649 gestiegen (+2,1 %). Bei der Zahl der fremden Tatverdächtigen gab es eine Zunahme um drei Prozent.

47.912 der 203.877 Tatverdächtigen hatten nicht die österreichische Staatsbürgerschaft (23,5 Prozent). Das bedeutet einen Anstieg des Fremdenanteils an allen Tatverdächtigen gegenüber 2000 (2-12) um 4,3 Prozent. Im internationalen Vergleich weist

Österreich seit Jahren eine der niedrigsten Kriminalitätsraten auf.

### **Kfz-Diebstahl**

Die Zahl der Autodiebstähle geht zurück. Die Sicherheitsbehörden haben 2001 in Österreich 5.623 Kfz-Diebstähle registriert. Das sind um 612 Fälle (-10 %) weniger als im Jahr zuvor (6.235). Darunter sind auch 1.407 Kfz, die Österreichern im Ausland gestohlen wurden.

Die Chance, ein im Ausland gestohlenen Auto wieder zu bekommen, ist mit einer Aufklärungsquote von sieben Prozent sehr gering. Am häufigsten gestohlen wurden Kraftfahrzeuge der marken VW, Audi, Mercedes, BMW, Opel, Ford und Skoda.

An Österreichs Grenzen wurden im Vorjahr 302 gestohlene Kraftfahrzeuge im Gesamtwert von 5,453.000 Euro sichergestellt.

Österreich liegt in der Kfz Diebstahlstatistik weiterhin im unteren Drittel der EU-Mitglieder. Fast die Hälfte aller gestohlenen Autos (44 %) konnten aufgefunden werden. Daten über Kfz-Diebstähle sollen künftig in einer Sammlung elektronisch registriert werden.

# .KRIMINALITÄTSSTATISTIK 2001

Die wichtigsten Kennzahlen der Kriminalitätsstatistik 2001.  
(Basis dieser Statistik sind die erstatteten Anzeigen).

## KRIMINALITÄTSHÄUFIGKEITSAHLE (Straftaten pro 100.000 Einwohner)

Häufigkeitszahlen im  
internationalen Vergleich

	Erfasste Fälle	Häufigkeitszahl
Österreich	522.710	6.481
Deutschland	6.363.865	7.736
Dänemark	473.298	9.102
Schweiz	317.466	7.030

Die Gesamtkriminalität ist von 2000 auf 2001 (Vergleichszeitraum Februar bis Dezember) um 7,7 % bzw. um 40.008 Fälle zurückgegangen.

## ALLE GERICHTLICH STRAFBAREN HANDLUNGEN

Absolute Zahlen

Strafbare Handlungen	2001	Feb. bis Dez. 2001	Feb. bis Dez. 2000	Veränderung in Prozent
Verbrechen	103.743	95.078	104.489	- 9 %
Vergehen	418.967	381.843	412.440	- 7,4 %
Gesamt	522.710	476.921	516.929	- 7,7 %

# .KRIMINALITÄTSSTATISTIK 2001

## Die wichtigsten Delikte

(Vergleich Februar bis Dezember 2000 mit 2001)

### VERBRECHEN GEGEN LEIB UND LEBEN

Strafbare Handlungen	2001	Feb-Dez 2000	Feb-Dez 2001	Veränderung in Prozent
Mord § 75	150	165	144	-12,7 %
Schwere Körperverletzung § 84	2.970	3.318	2.713	-18,2 %

### VERBRECHEN GEGEN DIE SITTlichkeit

Vergewaltigung § 201	574	536	526	-1,9 %
Geschlechtliche Nötigung § 202	499	447	461	3,1 %
Beischlaf mit Unmündigen § 206	176	257	152	-40,9 %
Unzucht mit Unmündigen § 207	528	562	489	-13 %

### VERBRECHEN GEGEN FREMDES VERMÖGEN

Schwere Sachbeschädigung § 126	6.307	6.772	5.733	-15,3 %
Schwerer Diebstahl § 128	5.378	4.580	4.897	6,9 %
Diebstahl durch Einbruch § 129	83.526	81.272	76.781	-5,5 %
Raub § 142	1.593	1.523	1.477	-3,0 %
Schwerer Raub § 143	749	818	699	-14,5 %
Schwerer Betrug § 147	5.249	6.330	4.821	-23,8 %

Die **Kriminalpolizeiliche Beratung** berät die Bevölkerung kostenlos. Die persönlichen Beratungen durch Beamte im Jahr 2001 stiegen von 53.755 im Jahr davor auf 63.848. Es gab mehr Beratungen in den Wohnungen der Bürgerinnen und Bürger. Die Beratungsräume in den Dienststellen wurden um über 20 Prozent häufiger besucht als im Jahr 2000 – insgesamt 12.866 Mal.

## .VERFASSUNGSSCHUTZ

**2001 gab es gleich viele rechtsextreme Handlungen wie im Jahr zuvor. Stark zurück gingen linksextreme Handlungen.**

Im Jahr 2001 wurden 335 rechts-extremistisch motivierte Tathandlungen bekannt, die zu 528 Anzeigen führten. Die meisten Anzeigen erfolgten nach dem Verbotsgesetz (269) sowie Anzeigen nach dem Strafgesetzbuch (133). Strafbare Handlungen im linksextremen Bereich gingen im Vergleich zu 2000 stark zurück. Es wurden 52 Straftaten registriert.

Die Terroranschläge am 11. September 2001 in den USA führten auch in Österreich zu umfangreichen zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen. Die österreichische Bundesregierung und der Nationalrat erklärten die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste, der militärischen und polizeilichen Einsatzkräfte zu den dringlichsten Anliegen sowie die Bildung und Stärkung von Sondereinsatzkräften. Die Gruppe staatspolizeilicher

Dienst war durch die weltweiten Ermittlungen gefordert, zahlreiche Anfragen und Erhebungsersuchen ausländischer Sicherheitsbehörden zu bearbeiten. Die Beamten überprüften des weiteren über 850 Hinweise aus der österreichischen Bevölkerung. Die Ermittlungen ergaben keinen Österreich-Bezug zu den terroristischen Anschlägen in den USA. Bei der Überprüfung von Banken konnten keine Verbindungen zwischen angeblichen Terrorgeldern Osama Bin Ladens oder der Al Qaida-Organisation zu Konten bei inländischen Geldinstituten nachgewiesen werden.

Die weltweite Anthrax-Angst nach den Anschlägen in den USA führte in Österreich zu 400 Verdachtsfällen. Abgesehen von einem positiven Testergebnis in einem Postsack der US-Botschaft erwiesen sich alle anderen Verdachtsmeldungen als unbegründet.

## .SCHLEPPERKRIMINALITÄT 2001

**Im Jahr 2001 wurden um 6,4 Prozent mehr Personen angehalten, die illegal nach Österreich einreisten, als im Jahr zuvor.**

Im Jahr 2001 wurden in Österreich 48.659 Menschen (+ 6,4 %) angehalten, die illegal eingereist waren oder sich illegal im Bundesgebiet aufgehalten hatten.

Die Steigerung ist vor allem auf die Wanderungswelle aus Afghanistan zurückzuführen. 2.294 der Angehaltenen waren Schlepper.

Die illegal Eingereisten kamen aus 138 Ländern; die meisten aus Afghanistan (7.665), Rumänien (7449), der Ukraine (5.390), Jugoslawien (3.517) und dem Irak (2.443). Im Jahr 2001 brachte ein Schlepper pro Schleusung durchschnittlich sechs bis sieben Personen illegal nach Österreich. Im Jahr 2000 waren es etwa vier Personen. Seit 1993, wurde eine kontinuierliche Zunahme der illegal nach Österreich eingereisten Personen festgestellt. 1993 betrug die Zahl der Anhaltungen ein Zwanzigstel der Zahl von 2001. Von den Aufgegriffenen kamen über

16.500 Menschen über Binnen-  
grenzen (Schengen-Länder), insbesondere aus Italien, nach Österreich. Bei diesen Menschen handelte es sich vorwiegend um rumänische und ukrainische Staatsangehörige.

### Soko Grenze

Nach dem enormen Anstieg von geschleppten Menschen aus Asien wurde im März 2001 die Sonderkommission Grenze eingerichtet, geleitet vom Sicherheitsdirektor des Burgenlands.

In den ersten elf Monaten kam es durch das Soko-Team zu 177 Anzeigen, 80 Festnahmen, 60 Hausdurchsuchungen und 120 Anhaltungen aufgrund fremdenpolizeilicher Bestimmungen. Die Soko-Mitarbeiter erwirkten sechs internationale Haftbefehle; sechs Schlepper wurden aufgrund von Ermittlungen der Soko in Deutschland festgenommen.

## .SUCHTMITTELKRIMINALITÄT 2001

### Die Exekutive beschlagnahmte 2001 mehr Kokain, Heroin und Ecstasy. Die Sicherstellung von Cannabis ging zurück.

Im Jahr 2001 wurden in Österreich 21.862 Anzeigen nach den Straftatbeständen des Suchtmittelgesetzes erstattet. 21.302 Anzeigen entfielen auf Straftaten im Zusammenhang mit Suchtgiften, das ist eine Steigerung um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr (18.125); und 560 Anzeigen auf Straftatbestände für psychotrope Stoffe.

Die größte Zahl der Steigerung gab es in Salzburg (104,87 %) und in Kärnten (61,58 %). In der Bundeshauptstadt Wien betrug der Anstieg 18,71 %.

Die Menge beschlagnahmten Kokains hat sich gegenüber 2000 vervierfacht, bei Heroin gab es eine

Steigerung um 25 Prozent, wobei 2000 bereits ein „Rekordjahr“ war, bei Ecstasy betrug die Zunahme 58 Prozent.

Polizei und Gendarmerie entzogen dem illegalen Drogenmarkt Suchtmittel im Wert von 15 Millionen Euro (200 Mio Schilling). Der organisierte Suchtgifthandel in Österreich wird hauptsächlich von ausländischen kriminellen Gruppen dominiert. Diese Gruppen nutzen Österreich aufgrund der geografischen Lage als Transitland für die Verbringung der Suchtgifte in andere europäische Staaten. Österreicher treten nur vereinzelt beim Schmuggel und Handel von Heroin, Kokain und Ecstasy auf.

### DROGENSICHERSTELLUNGEN

Sicherstellungsmengen:	2001	2000	Veränderung
<b>Kokain</b>	<b>108 kg</b>	<b>20,0 kg</b>	<b>+ 430 %</b>
<b>Heroin</b>	<b>288 kg</b>	<b>230 kg</b>	<b>+ 25 %</b>
<b>Cannabiskraut</b>	<b>282 kg</b>	<b>1.562 kg</b>	<b>- 82 %</b>
<b>Cannabisharz</b>	<b>138 kg</b>	<b>243 kg</b>	<b>- 43 %</b>
<b>LSD-Trips (Stück)</b>	<b>572</b>	<b>865</b>	<b>- 33 %</b>
<b>Ecstasy (Stück)</b>	<b>256.299</b>	<b>162.093</b>	<b>+ 58 %</b>

## .ASYL- UND FREMDENWESEN

**Die Zahl der Asylanträge stieg im Jahr 2001 um 64,8 Prozent, gegenüber dem Jahr zuvor.**

Im Jahr 2001 wurden 13.007 Asylantragsteller aus 76 Staaten in die Bundesbetreuung aufgenommen. Mit 31.12.2001 befanden sich insgesamt 4.679 Personen aus 63 Ländern in der Betreuung des Bundes. Der Bund trägt die Kosten für Unterbringung, Verpflegung und für medizinischen Betreuung (inkl. Krankenversicherung). (Budget 2001: rund 323 Mio. Schilling/ rund 23 Mio. Euro).

Das Bundesministerium für Inneres verfügt über sechs Betreuungsstellen für Asylwerber mit einer Gesamtkapazität von etwa 2.000 Plätzen, in Traiskirchen, Reichenau, Vorderbrühl, Bad Kreuzen, Thalham und Wien. Asylwerber können auch in Vertragsgasthöfen untergebracht werden.

Der Fonds zur Unterstützung von Flüchtlingen gewährt finanzielle Hilfe an Asylberechtigte, bosnische Kriegsvertriebene und Flüchtlinge sowie Asylwerbern zur Wohnraumbeschaffung, Wohnungsinstand-

setzung, Mietzinsunterstützung, zum Besuch eines Deutschkurses oder einer Kurzausbildung.

Im Jahr 2001 erhielt der Fonds vom Innenministerium 918,863 Euro und vom UNHCR 65.405,55 Euro. Damit wurden 1.696 Antragsteller unterstützt.

Der Beirat für Asyl- und Migrationsfragen berät den Bundesminister für Inneres in Asyl- oder Migrationsfragen und der Erteilung humanitärer Aufenthaltserlaubnisse. Von den 405 Fällen (777 Personen), die der Beirat im Jahr 2001 bearbeitete, wurde über 46 Fälle (90 Personen) beraten. Der Beirat gab in 37 Fällen (70 Personen) eine Empfehlung zur Erteilung einer humanitären Aufenthaltserlaubnis ab. In vier Fällen (11 Personen) entschied der Beirat gegen eine Empfehlung. In fünf Fällen (9 Personen) konnten andere Lösungen gefunden werden.

## ASYLSTATISTIK 2001

Im Jahr 2001 beantragten 30.135 Menschen Asyl in Österreich. 2000 (18.284) Dies entspricht einem Anstieg um 64,8 Prozent. Die Asylwerber stammen aus 100 (2000: 97) Ländern. 25.804 Asylverfahren wurden abgeschlossen, in 1.113 Fällen wurde Asyl gewährt, 3.643 Anträge wurden abgelehnt.

## FREMDENPOLIZEILICHE MASSNAHMEN

2001 gab es weniger Zurückweisungen, Zurückschiebungen, Ausweisungen und Abschiebungen. Aufenthaltsverbote und Schubhaftverhängungen sind gestiegen. Aufgrund der Krise in Afghanistan waren Afghanen mit 7.665 die führende Nationalität, was die Anzahl an Schleppern, Geschleppten und sonstigen illegal aufhältigen Fremden betrifft.

Zurückweisungen (§ 52 FrG)	17.595	- 8 %
Zurückschiebungen (§ 55 FrG)	6.338	- 25 %
Ausweisungen (§§ 33 und 34 FrG)	6.204	- 35 %
Aufenthaltsverbote (§ 36 FrG)	16.387	+29 %
Schubhaftverhängungen (§ 61 FrG)	17.306	+21 %
Abschiebungen (§ 56 FrG)	8.324	- 14 %

## MIGRATION

Für 2002 sieht die Niederlassungsverordnung folgende Höchstzahlen vor:

Burgenland	230
Kärnten	85
Niederösterreich	1575
Oberösterreich	1290
Salzburg	345
Steiermark	770
Tirol	455
Vorarlberg	315
Wien	3215

## ASYLANTRÄGE

Die wichtigsten Herkunftsländer

Afghanistan	12.957
Irak	2.113
Türkei	1.876
Indien	1.804
Jugosl. Föderation	1.649
Armenien	1.259
Nigeria	1.037
Bangladesch	949
Mazedonien	935
Iran	733
Georgien	596
Pakistan	487

## .PERSONAL DES BMI

### BUNDESPOLIZEI

Bei der Bundespolizei sind etwa 15.150 Frauen und Männer beschäftigt, davon rund 10.000 im Sicherheitswachdienst, cirka 2.400 im Kriminaldienst und etwa 2.750 in der allgemeinen Verwaltung.

### BUNDESGENDARMERIE

Bei der Bundesgendarmerie sind etwa 14.700 Gendarmeriebeamte und Vertragsbedienstete beschäftigt. Außerdem arbeiten bei der Gendarmerie rund 750 Zivilbedienstete.

### KONTAKT/INFORMATION:

**Bundesministerium für Inneres**

A-1014 Wien, Herrngasse 7

*Bürgerdienst*

Telefon: +43 (0)1-53126-3100 oder 081000 (zum Ortstarif)

infomaster@bmi.gv.at

*Zentrale Einlaufstelle*

einlaufstelle@bmi.gv.at

*Internet:* [www.bmi.gv.at](http://www.bmi.gv.at)

## **IMPRESSUM**

### **Medieninhaber:**

Bundesministerium für Inneres,  
Abteilung I/12 (Öffentlichkeitsarbeit),  
oeffentlichkeitsarbeit@bmi.gv.at

### **Hersteller:**

Amtsdruckerei des  
Bundesministeriums für Inneres,  
**alle:** A-1014 Wien, Herrengasse 7,  
Telefon: +43 (0)1-53126-0,

<http://www.bmi.gv.at>